

An die Redaktionen
der deutschsprachigen
Schweizerpresse

Bern, 17.4.1978 / V

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit den drei vorliegenden Beiträgen wird versucht, die Zusammenhänge aufzuzeigen, die zwischen Hochschulbildung und Ausbildung der Lehrlinge bestehen, und hinter einige seltsame Argumentationen der Gegnerschaft des Hochschulförderungs- und Forschungsgesetzes, z.B. bezüglich Bedarfsplanung von Akademikern, zuleuchten. Beigefügt sind wiederum drei Argumente, die auf Behauptungen der Gegenseite eingehen, sowie eine Uebersicht über die bis 15.4.78 veröffentlichten Parolen.

Wir hoffen, weiterhin auf Ihre Mitarbeit zählen zu dürfen, und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss:
sig. Dr. Peter Frei

Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. Mai 1978:

Ein X für ein U vormachen?

Interview mit dem Präsidenten und dem Bildungsleiter des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes (CNG), Dr. Guido Casetti und lic. rer. pol. Walter Frei

- JD: Warum interessieren sich die Gewerkschaften für die Hochschulbildung? Zumindest auf den ersten Blick wäre doch festzustellen, dass die Berufsbildung für sie vordringlicher wäre?
- CNG: Zuerst einmal wird ein guter Teil jener Leute, die in der Berufsbildung eine bedeutende Rolle spielen, an der Universität ausgebildet, so zum Beispiel die Sekundarlehrer, die Gewerbelehrer, die Berufsberater. Es darf uns deshalb nicht egal sein, wenn man mit einer Verschlechterung der Ausbildung eines Teiles der Lehrer auch die Ausbildung unserer Lehrlinge verschlechtert. - Dann bringen gerade die Erwerbstätigen grosse Steuergelder für die Universitäten auf. Sie interessieren sich deshalb auch dafür, wie diese Gelder angelegt werden und wieweit sie Industrie, Forschung, Ausbildung und damit auch dem Arbeitnehmer wieder zu gute kommen. Einer der Gründe, weshalb wir das neue Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz unterstützen, ist der, dass das neue Gesetz endlich eine Koordination zwischen den Hochschulen zwingend vorsieht. Dadurch wird ein besserer Einsatz der Steuergelder ermöglicht und Verschwendung vermieden.
- JD: Wurden also bisher die Schwerpunkte nicht immer richtig gesetzt?
- CNG: Das trifft sicher zu. Wir verweisen hier nur darauf, dass die Hochschulen bisher zu wenig für Arbeitsprobleme getan haben. So hat die Arbeitsmedizin den ihr zustehenden Platz noch nicht eingenommen. Das gleiche gilt für das Arbeitsrecht und die soziale Sicherheit. In den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften spricht man fast ausschliesslich von den Problemen der Unternehmung und des Managements, ohne jene der Arbeitnehmer speziell zu berücksichtigen.
- Dann stellt sich auch die Frage der Chancengleichheit. Zwar hat die Zahl der Studenten aus Arbeiterkreisen in den letzten Jahren zugenommen. Immer noch ist aber ihr Anteil von gut 10% viel zu niedrig. Es ist nicht einzu- sehen, warum begabte Arbeiterkinder den Weg an die Uni nur schwer finden. Es muss daher den Arbeiter sehr wohl interessieren, wie die künftigen Chancen seiner Kinder sind und ob sie künftig leichter studieren und damit sozial aufsteigen können.

JD: Verbessert also das neue Gesetz diese Aufstiegschancen?

CNG: Sicher würde eine Beibehaltung des jetzigen Gesetzes und eine Subventionskürzung für die Hochschulen diese Chancen entscheidend mindern. Zur Zeit gibt es wegen der geburtenstarken Jahrgänge besonders viele Jugendliche in der Ausbildung. Dies gilt auch für die Maturanden. Werden, wie angedroht, die Subventionen auf dem Stand von 1976 eingefroren, werden die Hochschulkantone diese zunehmenden Maturanden nicht mehr verkraften können. Zulassungsbeschränkungen wären die Folge. Viele Maturanden, die nicht mehr studieren können, werden in die Berufsbildung, vor allem in technische Berufe, drängen. Hier werden sie dank ihrer besseren Ausbildung wieder andere verdrängen, und das ganze geht nach unten weiter. Und den letzten, den Schutzlosen, den Ungelernten, die Frauen, beißen dann eben die Hunde.

In den letzten Jahren konnten wir den Anteil an ungelerten Jugendlichen bedeutend senken. Heute stagniert er wieder. Bei Zulassungsbeschränkungen besteht die grosse Gefahr, dass diese Zahl prozentual wieder ansteigt. Und die durch mangelnde Ausbildung Benachteiligten werden es im Leben immer schwerer haben als gut Ausgebildete.

Es ist ja wirklich mehr als seltsam, dass es gewisse Gewerbepolitiker nicht bedauern würden, wenn diese Ungelernten wieder zunähmen. Sie würden billige Arbeitskräfte abgeben, die man als Konjunkturpuffer bequem hin- und herschieben, einstellen und wieder entlassen könnte. Kein Arbeiter kann daran Interesse haben, dass seine Kinder zu dieser Manipuliermasse gehören. Er ist froh, wenn jedes seiner Kinder eine Berufslehre abschliessen kann. Dies gilt insbesondere für die schon benachteiligten Mädchen.

JD: Inwiefern werden denn die Mädchen benachteiligt?

CNG: Die Chancen der Mädchen, für gewisse Berufe, vor allem technischer Natur, sind heute schon kleiner als auch schon. Nimmt der Druck nach unten zu, so werden sie als schon bisher Benachteiligte mit Gewissheit härter getroffen als männliche Jugendliche.

JD: Investiert man nicht zuviel Geld in die Universitäten? Anfangs der neunziger Jahre wird die Studentenzahl wieder zurückgehen.

CNG: Selbstverständlich muss auch in Zukunft zielgerichtet und sparsam investiert werden. Aber an unseren Universitäten hat es bereits heute zu wenig Platz. Wenn diese Platzverhältnisse wieder besser werden, wird dies für die Ausbildungsqualität nur von gutem sein. Sollten sogar Kapazitäten frei werden, könnte man die Hochschulen endlich vermehrt der Erwach-

senenbildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung öffnen. Künftig wird die Entwicklung der Wirtschaft und der Technik noch mehr gut ausgebildete Leute erfordern.

JD: Die Gegner behaupten, künftig würden Tausende von arbeitslosen Akademikern produziert.

CNG: Der Wissenschaftsrat hat vor kurzem die Ergebnisse einer Studie veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass die Akademikerarbeitslosigkeit eher geringer sein wird als die anderer Berufszweige. Zum gleichen Ergebnis kommt die BIGA-Studie "Jugendliche und Arbeitsmarkt". In den letzten Jahren haben wir gesamthaft unsere Hochschulen vernünftig und nicht übertrieben wie in gewissen Ländern ausgebaut. Der Prozentsatz der Studenten unter den Jugendlichen ist im internationalen Vergleich bescheiden. Die Unkenrufe wegen der Arbeitslosigkeit unter den Hochschulabsolventen sind deshalb stark übertrieben. Vereinzelt arbeitslose Akademiker erlauben es noch lange nicht, das ganze Bildungssystem anzuklagen.

Ausserdem können Akademiker dank ihrer guten Ausbildung den Beruf leichter wechseln oder ein Zusatzstudium auf sich nehmen, als An- oder Ungelehrte. - Für unseren Arbeitsmarkt und besonders für Forschung und Exportindustrie wäre es geradezu katastrophal, wenn wir prozentual weniger Hochschüler ausbilden würden oder wenn die Qualität der Ausbildung unter dem Geldmangel leiden müsste.

JD: Spielt die Forschung für die Gewerkschaften eine Rolle?

CNG: Gerade wegen der Forschungsförderung hat das neue Gesetz seine Wichtigkeit. Unsere Zukunft können wir nur sichern, wenn die Industrie ihren Forschungsvorsprung nicht einbüsst. Da wir keine Bodenschätze haben und deshalb ausser der Qualitätsarbeit hauptsächlich von unserem "Köpfchen", das heisst der Forschung, leben, muss alles vermieden werden, das diesen Vorsprung gefährden könnte. Wie sehr der Arbeiter von der Forschung abhängig ist, zeigt das Beispiel der Uhrenindustrie. Hier erfolgte die Grundlagenforschung für die elektronische Uhr gegenüber der ausländischen Konkurrenz verspätet. Dieser Rückstand hat 24.000 Arbeitsplätze gekostet. Soviele Leute wurden arbeitslos oder mussten vorzeitig pensioniert werden. Nicht umsonst ist die Schweiz gerade in einer sehr forschungsintensiven Industrie weltführend, in der Chemie und der Pharmazie. Hier gilt es, den Vorsprung zu halten und wenn möglich auszubauen. Wichtig ist deshalb auch die gute Zusammenarbeit der universitären und der industriellen Forschung. Die Hochschulforschung ist dazu ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung. Ein Industriezweig kann keine guten Forscher einstellen, wenn diese

an der Hochschule nicht sehr gut ausgebildet wurden.

JD: Um noch einmal auf die Berufsbildung zurückzukommen: Welche Wichtigkeit messen Sie einer breiten Ausbildung ganz allgemein zu?

CNG: Eine möglichst gute Ausbildung auf allen Stufen hatte für uns immer Vorrang, sie ist für die Gewerkschaften das zentrale Thema. So haben wir neben vielen anderen Anstrengungen versucht, im neuen Berufsbildungsgesetz möglichst viele unserer Vorstellungen durchzusetzen. Besonders kämpfen wir für eine breitere Grundausbildung des Arbeitnehmers. Er soll, wenn er wie zum Beispiel die Schriftsetzer, seinen Beruf verliert, nicht einfach nichts mehr in der Hand haben. Immer mehr Berufe werden verschwinden. Das darf für den Arbeitnehmer einfach nicht in eine Sackgasse führen. Hier ist der Hochschüler, der nach seiner Ausbildung sehr oft auch ein Arbeitnehmer ist, bevorteilt. Er kann leichter wechseln, leichter etwas dazulernen.

Wir finden deshalb, dass der junge Mensch zwischen 15 und 20 mehr als nur berufliche Kenntnisse erwerben soll. Als Stichworte wären hier zu erwähnen die Entwicklung der Persönlichkeit, ein breites Allgemeinwissen, die Ausbildung zum kritischen Staatsbürger. Je mehr einer weiss, desto weniger kann man ihm nämlich ein X für ein U vormachen.

17.4.78 / V

Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. Mai 1978:

Vorteile für alle Kantone

Das neue Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz und die Hochschulkantone und Nichthochschulkantone

Von National- und Regierungsrat Prof. Dr. Hans Künzi, Zürich

Das neue Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz verlangt vom Bund und von den Kantonen die koordinierte Bereitstellung, den wirkungsvollen Einsatz und die wirtschaftliche Verwendung der Mittel für Hochschule und Forschung. Bezweckt wird u.a. auch die Wahrung des freien Zugangs zu den Hochschulen in Zusammenarbeit mit allen Kantonen.

Aus diesem Gesetzesentwurf geht hervor, dass die Hochschulkantone auf einige Teile ihrer Hochschulselbständigkeit zu verzichten haben. Im Interesse einer gesamtschweizerischen Hochschulpolitik werden die Hochschulkantone dagegen keinen Widerstand leisten. Sie müssen aber ihrerseits verlangen, dass der Bund und die Nichthochschulkantone bereit sind, ihr Engagement zugunsten des schweizerischen Hochschulwesens zu erhöhen.

Diese Forderung ist sicher berechtigt, wenn man die momentanen Belastungen der Hochschulkantone berücksichtigt. So weist die Universität Zürich gegenwärtig etwas über 12.000 Studenten auf. Die Investitions- und Betriebskosten belaufen sich auf rund 300 Mio Franken. Teilt man diese Kosten auf die Zahl der Studenten auf, so beläuft sich der Anteil der Zürcher Studenten auf 143 Mio, derjenige der Ausländer auf 26 Mio, und die ausserkantonalen Studenten partizipieren mit 131 Mio Franken.

Der neue Gesetzesentwurf sieht Betriebsbeiträge von 20 bis 40% der anrechenbaren Kosten vor bzw. 25 bis 50%, sofern die Zuschläge für ausserkantonal Studierende miteinbezogen werden. In einer Uebergangsphase werden diese Beiträge im Hinblick auf die Finanzlage des Bundes noch reduziert, so dass vorläufig der Kanton Zürich mit rund 15% rechnen könnte. Die hier erwähnten Beiträge stellen das Minimum dar, was die Hochschulkantone erhalten müssen, um den Konzessionen des Gesetzesentwurfes zustimmen zu können. Andernfalls würden sie

unter Umständen besser damit fahren, auf ein neues Gesetz oder sogar auf Bundessubventionen zu verzichten und ihre Hochschulen nach eigenem Gutdünken zu führen.

Das aber hätte schwerwiegende Folgen für den freien Zugang zu den Hochschulen ganz allgemein, besonders aber für die Studierenden aus Nichthochschulkantonen.

Mit Sicherheit kann festgehalten werden: Gesamtschweizerisch gesehen bringt das neue Gesetz allen Kantonen gewisse Vorteile. Die Nichthochschulkantone sollten daran aber ganz besonders interessiert sein.

17.4.78 / V

Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. Mai 1978:

Falsche Töne

"Leider fehlt in unserm Land - selbst im Zeichen des neuen Hochschulförderungsgesetzes - eine umfassende Planung über den zukünftigen Bedarf an Akademikern". Solcherart zu lesen im Pressedienst des "Schweizerischen Aktionskomitees gegen das verfehlte Hochschulgesetz".

Da bleibt einem die Spucke weg. Denn das Elaborat wurde an der Berner Schwarztorstrasse im Gewerbehauptquartier verfasst. Und anscheinend hat man dort einmal mehr einen Gedanken nicht zu Ende gedacht.

Konsequenterweise ruft nämlich eine Bedarfsplanung für Akademiker auch nach einer entsprechenden Planung für die übrigen Bereiche. Und da Planung allein bloss ein Papiertiger ist, verlangt sie auch nach einer entsprechenden Steuerung. Mit wahrscheinlich sehr drastischen Mitteln müsste auch durchgesetzt werden, dass sich das Angebot an jungen und arbeitswilligen Schulabgängern auch richtig kanalisiert. Eine Bedarfsplanung und -steuerung wird zur Folge haben, dass offene Lehrstellen in "nicht benötigten Berufen" nicht besetzt würden und der Staat dafür in gefragteren Bereichen entweder Lehrwerkstätten schaffen oder Lehrmeister zur Ausbildung zwangsverpflichten würde, um die Stückzahlen seiner Bedarfsplanung auch sicherzustellen. So utopisch das klingt: Ein Blick in den vielzitierten Osten zeigt die Realität. Denn dort wird der Zugang zu den Universitäten und den verschiedenen Berufen so geregelt, wie es bei uns heute bei der Armeeaushebung zugeht. Man fragt zwar nach Neigung und Fähigkeiten, achtet auf die Beziehungen, aber Vorrang haben die geplanten und benötigten Bestände.

Man zweifelt mit Recht daran, ob man beim Gewerbeverband grosse Freude an einem so zentralistischen und dirigistischen Ausbildungssystem hätte.

Rüebblispitzer

Man sollte diese Gefahr allerdings auch nicht allzu laut beschwören. Denn sollte das Hochschulförderungsgesetz abgelehnt werden, hätte das einen zusätzlichen Druck auf unser durch den Geburtenberg und die Rezession schon doppelt belastetes Ausbildungssystem zur Folge.

Und noch mehr Real- und Hilfsschüler würden durch diesen Druck nach unten aus der ganzen Bildungs- und Ausbildungspyramide hinausgedrängt und zu Rüebispitzern im Gastgewerbe oder Bauhandlangern verurteilt. Zugleich würde damit auch die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen noch einmal sprunghaft ansteigen.

Die ersten Symptome in der Schweiz waren schon vor Jahren festzustellen. Als sich Schüler mit abgeschlossener zweiter oder dritter Sekundarschulklasse um Lehrstellen bei den SBB und der PTT bewarben, die noch in der Hochkonjunktur klassische Domänen der Realschüler waren. Das mag zwar erfreulich für unsere Bundesbetriebe sein. Aber bitter für jene, die sowieso ein ganzes Schulleben lang schon immer hintenanstanden und den Schwanz bildeten und die nun praktisch vor dem Nichts stehen. Ein Gespräch mit einem Hilfsschullehrer über die Zukunftsaussichten seiner Schüler, die diesen Frühling oder Herbst die Schule verlassen, wird jedem noch Zweifelnden die Augen öffnen.

Lehrplatz-Lotterie?

Dieser gewaltige Druck auf das Ausbildungssystem, das Rennen nach jedem nur irgendwie verfügbaren Lehrplatz bringt es mit sich, dass sogar gewisse Mechanismen ernsthaft gestört sind. So haben beispielsweise Betriebe des graphischen Gewerbes kaum Mühe, alljährlich ihre Setzerstifte zu finden, obwohl es für die Ausgelernten weder Arbeit noch Zukunftsaussichten gibt. Würde man jedoch die schüchterne Frage nach einer Bedarfsplanung bei Handsetzern äussern, würde da wohl der Gewerbevergand nicht Zeter und Mordio schreien und von Eingriffen in die Gewerbefreiheit und in die Ausbildungsfreiheit sprechen?

Bei den Akademikern allerdings, da soll man nach der Meinung der Berner Schwarztorstrasse den Bedarf ruhig planen und steuern. So und so viele für die Industrie und Wirtschaft, so und so viele in die Lehre und Forschung, ein kleinerer Anteil als Selbständigerwerbende, ein knappes Kontingent für den ohnehin überdotierten Bund und natürlich noch ein paar als potentielle Direktoren und Generalsekretäre für Interessenverbände.

Giovanni

Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. Mai 1978:

Wer sagt was?

Parolenübersicht zum Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz,
Stand: 15.4.1978

JA-Parole

Gesamtschweizerische Organisationen: FDP, SVP, SPS, Junge CVP, Christlichsoziale Parteigruppe der Schweiz, Konferenz der CVP-Regierungs- und Staatsräte, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, VHTL, Landesverband freier Schweizer Arbeiter, Schweizerischer Lehrerverein, Verein Schweizer Gymnasiallehrer, Vereinigung schweiz. Hochschuldozenten, Konferenz der schweiz. Lehrerorganisationen, Schweizerische Hochschulkonferenz, Assistenvereinigung, Nationalfonds, Verbindung der Schweizer Aerzte.

Kantonale Organisationen: Parti social démocrate Genf, CVP Graubünden, SP Neuenburg und Zürich.

NEIN-Parole

Gesamtschweizerische Organisationen: Schweizerischer Gewerbeverband.

Kantonale Organisationen: FDP Graubünden.

Keine Parole

Schweizerischer Bauernverband, Redressement National. (Dazu ist zu bemerken, dass das Redressement National an der Unterschriftensammlung für das Referendum beteiligt war und sich nun offensichtlich von den Nein-Sagern entfernt hat. Die vom Schweiz. Gewerbeverband ins Feld geführten Argumente, mit dem neuen Gesetz werde der Föderalismus gefährdet, wurden also von einer stark dem Föderalismus verpflichteten Organisation arg blossgelegt...)

17.4.78 / V

Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. Mai 1978:

Verzerrende Argumente der Gegner des Hochschulförderungsgesetzes

Stichwort "Einseitige Förderung der Studenten zulasten der Lehrlinge" (XIII)

Die Zahl der Studenten hat seit 1960 prozentual nicht stärker zugenommen als jene der Lehrlinge, im Gegenteil. Die Zahl der Ungelehrten ist ihrerseits zurückgegangen. Die Wirtschaft will bis 1981 14.000 neue Lehrstellen schaffen. Das ist nötig wegen der geburtenstarken Jahrgänge. Diese gibt es natürlicherweise auch bei den Studenten. Deshalb müssen wir auch an den Hochschulen mehr Studienplätze schaffen.

Stichwort "Wir brauchen mehr ungebildete Arbeitskräfte" (XIV)

Schweizer Qualität ist ohne gute Ausbildung auf allen Stufen und ohne Forschung nicht möglich. Die Ausbildung vernachlässigen heisst, unseren Vorsprung preisgeben und unsere Exportmöglichkeiten, damit aber auch zahlreiche Arbeitsplätze und den Wohlstand gefährden. Damit würde aber auch das Gewerbe als Zulieferer der Industrie aufs Schwerste gefährdet. Ueberdies werden Sekundar-, Gewerbe- und Berufsschullehrer u.a. zum grössten Teil an den Hochschulen ausgebildet. Die Lehrer schlechter ausbilden heisst aber, auch die Schüler und Lehrlinge schlechter ausbilden. Können wir uns das in einem Land, dessen einzige Rohstoffe Bildung und Forschung sind, leisten? Die beste Garantie für die Zukunft unseres Landes liegt in der Ausbildung unserer Kinder.

Stichwort "Wir müssen auch bei den Mittelschulen abbauen" (XV)

Gerade die gute Verteilung der Mittelschulen in den Regionen hat in den letzten Jahren immer mehr Kindern aus einkommensschwachen Klassen ermöglicht, eine Matura anzustreben und damit ebenfalls an die Hochschulen zu gelangen. Wollen wir unsere eigenen Kinder dieser Chance wieder berauben?